

# PROTOKOLL

über die Sitzung der Gemeindevertretung am Dienstag, den 20. März 2007  
um 19:00 Uhr im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes, 2. Stock.

## Anwesende:

Herr Bürgermeister Ing. Johann Mühlbacher  
Herr Vizebürgermeister Franz Gschaider  
Herr GR. Harald Humer  
Herr GR. Roman Schörghofer  
Herr GR. Georg Auer  
Herr GR. Heimo Leypold  
Herr GR. Hermann Frauenlob  
Herr GV. Christoph Canaval  
Frau GV. Brigitte Költringer  
Herr GV. Kurt Hofer  
Herr GV. Vinzenz Schmid  
Herr GV. Johann Dürnberger  
Herr GV. Franz Luginger  
Herr GV. Günther Nöhmer  
Herr GV. Ing. Wolfgang Dürnberger  
Herr GV. Ing. Stefan Köpfelsberger  
Herr GV. Anton Luginger

## Entschuldigt:

Herr GV. Markus Fink  
Frau GV. Helene Dürnberger

Schritfführer: Eva Liebenwein

## TAGESORDNUNG

1. Fragestunde der Gemeindebürger
2. Genehmigung des Protokolles vom 19.12.2006
3. Bericht des Bürgermeisters
4. Teilnahme am Audit "familien- und kinderfreundliche Gemeinde"
5. Geringfügige Teiländerung des Flächenwidmungsplanes (Herta Buttenhauser, Obertrum) im Bereich GP. 2682/5 und 2681/1, je KG. Anthering
6. Projekt "Betreutes Wohnen"
7. Ehrungen
8. Berichte aus den Ausschüssen
9. Vergabe Rüstlöschfahrzeug Freiwillige Feuerwehr
10. Allfälliges

### Sitzungsverlauf:

Der Bürgermeister eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung, stellt die Beschlussfähigkeit fest und gibt bekannt, dass die Tagesordnung mit der Einladung zugegangen ist. Einwendungen zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Der Bürgermeister geht daher in diese ein.

### Zu Punkt 1.)

Zum Tagesordnungspunkt „Fragestunde der Gemeindebürger“ erfolgt keine Wortmeldung.

### Zu Punkt 2.)

Auf die Frage des Bürgermeisters, ob das Protokoll vom 19. Dezember 2006 verlesen werden soll, wird von den Fraktionen festgestellt, dass dies nicht notwendig ist, weil Gleichschriften an die Mitglieder der Gemeindevertretung zugestellt wurden.

Zur Frage des Bürgermeisters, ob es Einwendungen zum gegenständlichen Protokoll gibt, erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Bürgermeister stellt daher fest, dass das vorliegende Protokoll vom 19. Dezember 2006 als genehmigt gilt.

### Zu Punkt 3.)

Zu diesem Tagesordnungspunkt übergibt der Bürgermeister den Vorsitz an den Vizebürgermeister.

Der Vizebürgermeister bittet den Bürgermeister um seinen Bericht.

Der Bürgermeister berichtet:

- a) über eine am 3. Jänner 2007 stattgefundenene mündliche Verhandlung der Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung bezüglich Beantragung einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 100 auf 80 km/h auf der L253 der Antheringer Landesstraße von Kilometer 0,9 bis Kilometer 1,2 im Gemeindegebiet von Anthering (Lehen – Anthering). Der Sachverständige hat bei der Verhandlung als Argument für die erlaubte Geschwindigkeit von 100 km/h vorgebracht, dass in diesem Bereich ein Gehsteig vorhanden ist und man deshalb 100 km/h fahren kann. Eine Entscheidung der Behörde fehlt jedoch noch.
- b) über die Jahreshauptversammlung des Hundesportvereines Anthering vom 27. Jänner 2007 und die dabei erfolgte Vorstandswahl. Albert Brüderl ist als Obmann wiedergewählt worden, Gerhard Zwifl ist Obmann-Stellvertreter.
- c) über den ersten Sprechtag des neuen Vertrauenspolizisten Maximilian Ebner am 29. Jänner 2007, der sehr gut angenommen wurde. Am 26. März findet nächste Sprechtag statt. Im Bereich der Bergstraße wurde angeregt, die verordnete 30-km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung durch Anbringung zusätzlicher Tafeln zu wiederholen (wurde bereits erledigt). Insgesamt wurden verstärkte Radarmessungen durch betroffene Anrainer der Bergstraße verlangt. Weitere Punkte waren unter anderem, dass sich Jugendliche an den Abenden im Kräutergarten aufhalten, es wurde über das mehrmals beschädigte Friedhofkreuz des Ehrenbürgers Pfarrer Johann Siebenhofer gesprochen usw. Ab nun soll ca. vierteljährlich ein Sprechtag des Vertrauenspolizisten in der Gemeinde stattfinden.
- d) über die Mitgliederversammlung des Wasserverbandes Salzburger Becken am 27. Februar 2007, bei der unter anderem der Jahresabschluss auf der Tagesordnung stand. Als neues Vorstandsmitglied wurde DI. Walter Schendl gewählt, das Protokoll liegt zur Einsichtnahme vor.

- e) über eine Besprechung mit Herrn Bräumann vom Reinhaltverband und Herrn DI. Putschi bezüglich Überrechnung des Ortskanales. Zur genauen Ermittlung der Einzugsflächen wurde von Herrn Bräumann angeraten, dies mit Signalnebel im Gebiet Rainweg und Vogelfeldstraße/Panzmühlweg zu ermitteln, damit man die genauen Mengen der durch Dachwässer ins Ortsnetz gelangenden Wassermenge feststellen. Bis Ende März liefert der RHV Ergebnisse, anschließend braucht D.I. Putschi ca. 2 Wochen für die Aufbereitung, danach soll es ein weiteres Gespräch geben.
- f) über die Treppelwegsitzung am 28. Februar 2007 des Verbandes der Güterweggenossenschaften im Bundesland Salzburg, in der unter anderem berichtet wurde, dass der gesamte Treppelweg saniert wurde.
- g) über das am 28. Februar 2007 stattgefundene Vereinsobmännergespräch im Gästehaus „Zur Hammerschmiede“. Seitens der Vereine gab es keine großen Anliegen, allerdings wurde von der Pfarre leichte Kritik am Kindergarten geübt, es wird deshalb noch ein klärendes Gespräch zwischen Pfarrer, Bürgermeister und Kindergartenleitung geben.
- h) über die Jahreshauptversammlung des Antheringer Laientheaters am 1. März 2007, bei der unter anderem Neuwahlen des Vorstandes auf dem Programm standen. Neue Obfrau ist Martina Müller, Obmann-Stellvertreter sind August Liebenwein und Hermann Lechner, Kassierin Ulrike Fißlthaler, Schriftführer Thomas Ehinger.
- i) über die Jahreshauptversammlung des Eisschützenvereines Anthering am 9. März 2007. Gerhard Lebesmühlbacher wurde als Obmann wiedergewählt.
- j) über die Generalversammlung des Sportvereines Anthering am 15. März 2007. Unter anderem dankt der Sportverein der Gemeindevertretung für die Unterstützung. Kurt Beinsteiner wurde zum Obmann gewählt, Obmann-Stellvertreter ist Hans Mayer.
- k) darüber, dass das Hotel Ammerhauser zum besten Seminarhotels Österreich gewählt wurde, das Hotel wurde mit dem „Goldenen Flipchart“ ausgezeichnet, der Bürgermeister hat der Familie Ammerhauser schon persönlich zum Erfolg gratuliert.
- l) über eine Unterschriftenaktion vom Jänner 2007 gegen das Bauvorhaben Horneggergründe. Grundsätzlich sprechen sich die Unterzeichnenden gegen die Bebauungsart (Umstellung von Reihenhausbauung auf Mehrfamilienhäuser) aus, vor allem wird der extrem kleine Abstand zum Wohnhaus der Familie Schettler kritisiert. Es gab danach noch einen weiteren Briefwechsel mit dem Beschwerdeführer (Freund von Angela Schettler, Helmut Osberger). Danach erfolgte ein Treffen an Ort und Stelle. Schon vorher wurde vom bautechnischen Amtssachverständigen bestätigt, dass die Baubewilligung und der Bebauungsplan eingehalten wurden. Deshalb gab es auch keinen Baustopp. Nunmehr ist die ganze Sache abgehandelt, der Bürgermeister hat noch eingeladen, bezüglich Farbgestaltung Anregungen beim Gemeindeamt einzubringen (Frist bis 21. März 2007), Frau Angela Schettler hat bisher als einzige einen schriftlichen Vorschlag (hellgelb) eingebracht. Die Familie Heinz und Gudrun Wesch haben auf den in den Salzburger Nachrichten veröffentlichten Artikel bezüglich der ganzen Angelegenheit ein Schreiben an den Bürgermeister gerichtet, auf das der Bürgermeister ebenfalls kurz eingeht.

Der Bürgermeister bittet den Vizebürgermeister um seinen Bericht über die Verbandsversammlung des Abfallverbandes, bei der er ihn vertreten hat.

Der Vizebürgermeister berichtet über die Verbandsversammlung des Abfallverbandes Großraum Salzburg vom 29. Jänner 2007 und die Neubestellung des Obmannes Bürgermeister Richard Hemetsberger aus Grödig.

Nach dem Bericht kommt Herr GR. Auer zur Sitzung, er entschuldigt sich, weil er im Verkehrsstau gestanden ist.

Die Berichte werden zur Diskussion gestellt.

GV. Nöhmer stellt fest, dass er bereits im Herbst angeregt hat, das Verkehrszeichen für die 30 km/h Geschwindigkeitsbeschränkung in der Bergstraße zu wiederholen und er findet es gut, dass dies nunmehr geschehen ist. Er bittet auch in der Riederstraße um die Wiederholung der 30 km/h-Verkehrszeichen.

GR. Frauenlob stellt die Frage, ob die Feststellung der Einzugsflächen der Dachflächenwässer mittels Signalnebel im Angebot enthalten ist, was der Bürgermeister bejaht.

GV. Canaval bemerkt selbstkritisch zu den im Bau befindlichen Wohnungen im Baulandmodell, dass die Gemeindevertretung hätte merken müssen, dass zu nah an die bestehenden Häusern gebaut wird. Man sieht am Plan sehr deutlich, dass der Neubau extrem nah an den Nachbarhäusern steht. Er tut sich nun schwer, einen Vorwurf zu formulieren, da sich mittlerweile die Gesetze geändert haben und der Bau in dieser Form gesetzmäßig ist. GV. Canaval stellt fest, dass seine Partei bei zukünftigen Bebauungsplanbeschlüssen ein Auge darauf werfen wird, dass eine solche Bebauung, wenn es geht, nicht mehr wiederholt wird. Er sieht ein Problem der Anrainer darin, dass diese zwar Einsicht in die Pläne vor Baubeginn haben, sich jedoch anhand der Pläne oft nichts vorstellen können. Als Lösung schlägt er die Vorgangsweise ähnlich der Schweiz vor, Baumasken aufzustellen.

Der Bürgermeister gibt Herrn Canaval recht, dass es sehr schwer ist, anhand von Plänen etwas richtig einzuschätzen und man immer höllisch aufpassen muss, wie sich der jeweilige Bau auf eventuelle Nachbarn auswirkt. Bei Wohnhausneubauten ist dies meist einfach, weil es keine Abstandsunterschreitungen gibt, schwieriger ist es schon bei Wohnhausaufstockungen usw. In diesem konkreten Fall Baulandmodell wurde die Bebauung absichtlich so gewählt, weil man keine durchgehende Verbindungsstraße für die Allgemeinheit schaffen wollte. Den Nachteil daraus sieht man nun erst so richtig. Er gibt zu, dass, wenn man die Wohnungen im Baulandmodell nun sieht, es keinem weh getan hätte, wenn die Wohnungen 1 m weiter hinten situiert wären. In der Praxis ist es jedoch immer so, dass jeder Bauherr versucht, aufgrund der hohen Grundpreise das Maximale aus einem Bauplatz herauszuholen. Natürlich hätte die Gemeinde in diesem Fall sagen können, dass kulanterweise weiter von den Nachbarbauten weggebaut wird, aber es ist auch so, dass die Gemeinde auch nichts zu verschenken hat. Er stellt fest, dass es oft nicht nur für die Anrainer schwierig ist, etwas anhand von Plänen zu beurteilen und zu entscheiden, sondern auch für den Entscheidungsträger.

Der Vizebürgermeister gibt Herrn Canaval recht, dass es oft mit einem Modell/Baumaska besser vorstellbar für die Bürger wäre als nur anhand eines Bauplanes. Bei diesem konkreten Bauvorhaben sind z.B. von den Nachbarn keine Einsprüche gekommen.

GR. Frauenlob merkt dazu an, dass es in diesem Fall, da die Gemeinde Bauherr ist, die Möglichkeit für die Gemeinde gegeben hätte, den Bau weiter nach hinten zu setzen. Wenn allerdings ein Privater Bauherr ist, kann die Gemeinde das nicht verlangen, weil eine solche „nahe“ Bauweise gesetzeskonform ist.

GR. Auer stellt fest, dass es der Wunsch aller war, dass in diesem Bereich keine Verbindungsstraße kommt. Dass dies natürlich auf Kosten der unmittelbaren Anrainer geht, ist in diesem Fall nicht ideal. Selbstkritisch könnte man also wirklich sagen, dass man damals

anders entscheiden hätte können, er findet es gut, dass GV. Canaval diesen Vorwurf nicht nur den anderen Parteien macht, sondern auch seiner Partei gegenüber selbstkritisch ist.

GR. Humer bemerkt, dass es auch bei einer Bebauung, wie ursprünglich geplant mit Reihenhäusern, nun das gleiche Problem für die Anrainer geben würde, da man auch die Reihenhäuser mit diesem geringen Abstand bauen hätte können.

GR. Schörghofer schlägt vor, im Bauausschuss über das Baudichtenproblem zu diskutieren und einen eigenen Tagesordnungspunkt dafür vorzusehen. Er bemerkt weiters, dass die Sitzungen des Regionalverbandes, die ja öffentlich sind, in Zukunft an der Amtstafel angeschlagen werden.

GR. Leybold stellt fest, dass das Problem der dichten Verbauung öfter ein Problem ist – er selbst hat die Erfahrung vor kurzem auch gemacht, als vor sein Reihenhaus ein Einfamilienhaus gebaut wurde. Allerdings weiß man ja auch, wenn man sich in verbautem Gebiet ansiedelt, dass man damit leben muss.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Vizebürgermeister gibt den Vorsitz an den Bürgermeister zurück, dieser dankt dem Vizebürgermeister für die Vorsitzführung.

Zu Punkt 4.)

Der Bürgermeister berichtet, wie bereits in der Sitzung des Gemeindevorstandes am 22. Februar 2007 besprochen, dass in der heutigen Sitzung der Gemeindevertretung darüber abgestimmt werden soll, ob die Gemeinde Anthering am Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde teilnimmt. Die Zusammenfassung des Ablaufes einer solchen Teilnahme ist allen Mitgliedern der Gemeindevertretung mit der Sitzungseinladung zugegangen.

Zur Thematik wird vom Bürgermeister festgehalten, dass das Bundesministeriums die Umsetzung von familienpolitischen Agenden an die Familie und Berufmanagement GmbH. übertragen hat. Durch den Audit-Prozess wünscht sich der Bürgermeister eine systematische Überprüfung der Familien- und Kinderfreundlichkeit in der Gemeinde Anthering.

Nach einer Bestandsaufnahme der Projektgruppe, die in der nächsten Zeit gebildet werden soll, in Workshops, sollen unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger neue familien- und kinderfreundliche Maßnahmen definiert und umgesetzt werden. Für die Teilnahme am Audit-Prozess erhält die Gemeinde ein Gütesiegel. Dieses ist für drei Jahre gültig, danach erfolgt eine weitere Prüfung durch die Familie und Berufmanagement GmbH.

Ein Beschluss der Gemeindevertretung zu einer grundsätzlichen Teilnahme ist notwendig, damit überhaupt eine Vereinbarung mit der Familie und Berufmanagement GmbH. zustande kommen kann und man von ihr im Prozess begleitet und unterstützt wird.

Der Bürgermeister stellt fest, dass Anthering im Grund sehr gut da steht was Familien-, Kinder- und auch Seniorenfreundlichkeit anbelangt, er findet trotzdem, dass man sich der öffentlichen Diskussion um mögliche weitere Verbesserungen stellen soll. Die Bevölkerung hat so die Möglichkeit, sich aktiv zu beteiligen.

Natürlich werden auch Vorschläge kommen, die finanziell nicht machbar sind, die Entscheidung liegt dann bei der Gemeindevertretung, welche Maßnahmen umgesetzt werden und bei welchen es nicht möglich bzw. notwendig ist.

Der Bürgermeister berichtet weiters, dass in der Sitzung des Gemeindevorstandes auch angedacht wurde, einen solchen „Verbesserungsprozess“ ohne Hilfe der Familie und Berufmanagement GmbH., auf eigene Faust, zu starten. Er ist jedoch der Meinung, dass es mit professioneller Hilfe besser klappen wird.

Er berichtet, dass es am 30. März im WIFI eine Veranstaltung mit Erfahrungsaustausch jener Gemeinden, die sich schon im Auditprozess befinden (z.B. St. Koloman, Ramingstein, St. Gilgen, Elixhausen, Hallwang) gibt. Er lädt die Fraktionen ein, ihn zu dieser Veranstaltung zu begleiten.

Es wird daher der Antrag gestellt, heute den Grundsatzbeschluss zur Teilnahme am Audit zu fassen.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR. Humer stellt die Frage nach den Kosten des Audits für die Gemeinde und findet es grundsätzlich nicht schlecht, wenn man am Audit teilnimmt.

Der Bürgermeister antwortet, dass keine Kosten anfallen für die ersten Schritte, nur der Gutachter, der die Zielsetzungen der Projektgruppe in weiterer Folge bewertet, kostet rund € 1.700,--, die Hälfte davon wird gefördert. Natürlich entstehen der Gemeinde später Kosten für die Umsetzung der Maßnahmen.

GR. Humer schlägt vor, mit all jenen, die in der Projektgruppe mitarbeiten sollen, vorab, bevor man sich in Kosten und Verbindlichkeiten stürzt, ein Gespräch zu führen, ob überhaupt Interesse und Notwendigkeit an der Mitarbeit bzw. an der Teilnahme am Audit Interesse besteht, nicht dass im Endeffekt nur Mitglieder der Gemeindevertretung in der Projektgruppe mitarbeiten. Seiner Meinung nach ist das Gütesiegel „ein Titel ohne großen Wert“.

GR. Auer ist der Meinung, dass man am Audit kinder- und familienfreundliche Gemeinde teilnehmen soll. Er stellt die Frage, wie die weiteren Schritte nach der Fassung des Grundsatzbeschlusses zur Teilnahme ablaufen werden. Weiters findet er den gewählten Zeitpunkt für diesen Auditprozess sehr gut, weil es nicht unmittelbar vor Gemeinderatswahlen, sondern mitten in der Legislaturperiode stattfindet.

Der Bürgermeister antwortet, dass, wenn heute ein Grundsatzbeschluss zur Teilnahme gefasst wird, die Bevölkerung über das Rundschreiben freiwilligen Teilnahme und Mithilfe eingeladen wird, speziell jedoch eine Projektgruppe von der Gemeindevertretung zusammengestellt werden muss (mit politischen Vertretern, Elternvertretern, Seniorenvertreter, Kindergartenleitung, Volksschuldirektor, usw.), diese Leute müssen schon direkt angesprochen werden. Breite Information der Bevölkerung muss über die Schule, Kindergarten, Elternvertreter usw. erfolgen.

GV. Wolfgang Dürnberger sieht in diesem Audit eher den Vorteil in der Evaluierung als in dem Gütesiegel, damit man genau sieht, welchen Bestand man hat und was man verbessern kann. Den Vorteil sieht er darin, dass man einen außenstehenden Experten im Ablauf dabei hat. Ob man das Gütesiegel nach drei Jahren verlängert, kann man dann ja zu gegebener Zeit entscheiden.

Der Vizebürgermeister stellt die Frage, ob, sollte sich herauskristalisieren, dass sich keiner so recht an der Mitarbeit/Mithilfe interessiert, man den ganzen Audit-Prozess wieder, ohne dass dabei Kosten entstehen, absagen kann, was der Bürgermeister bejaht.

Der Bürgermeister berichtet, dass er vor hat, bei der Veranstaltung am 30. März 2007 alles abzuklären, damit die Gemeinde Anthering mit dem Audit starten kann, vorerst noch ohne Vereinbarung. Wenn man dann sieht, dass kein Bedarf besteht, kann man immer noch alles absagen. Allerdings ist er absolut der Meinung, dass man sich der öffentlichen Diskussion bezüglich dieser Angelegenheit stellen soll.

GV. Canaval merkt an, dass er dagegen ist, mit Hilfe der Familie und Berufmanagement GmbH. einen solchen Audit-Prozess zu starten, er hat dies in der Sitzung der Gemeindevorstellung schon gesagt, er lehnt dies ab. Er begründet seine Entscheidung damit, dass die ganze Sache damals von der ehemaligen Familienministerin Ursula Haubner, die in der Regionalpresse damals Inserate geschaltet hat, in denen man immer wieder lesen konnte, worum es bei diesem Audit-Prozess geht, allerdings waren die Informationen immer denkbar unkonkret, man weiß nicht wirklich, was bei der ganzen Angelegenheit herauskommen soll, außer dass man sich die Gemeinde am Ende ein Pickerl aufkleben kann „kinder- und familienfreundliche Gemeinde Anthering“. Seiner Meinung nach kann Anthering das auch ohne diesen ganzen Audit-Prozess machen, ohne dass man irgendjemanden dafür etwas bezahlen muss. Es sollen alle möglichen Leute aus Anthering an der Projektgruppe mitarbeiten, ohne dass sie dafür entschädigt werden, was er nicht einsieht. Die Berater, die uns begleitend für den Prozess gestellt werden, kassieren Länge mal Breite stellt er fest. GV. Canaval findet, wenn jemand von der Gemeinde einen Beratungsauftrag haben will, sollen diese Personen zu einer Sitzung der Gemeindevertretung kommen und erzählen, was sie anzubieten haben. Er berichtet, was er im Internet alles über diverse Audit-Unternehmen gelesen hat und überreicht dem Bürgermeister das Buch „Beraten und verkauft“, in dem seiner Meinung nach einige Punkte stehen, die wirklich bedenkenswert sind. GV. Canaval ist auch nicht der Meinung, dass man einen externen Experten hinzuziehen muss, da eine Gemeinde nicht wie andere Unternehmen Gefahr läuft, betriebsblind zu werden, da alle fünf Jahre die Möglichkeit besteht, externe Personen in die Gemeindevertretung zu wählen. Es stinkt ihm furchtbar, dass der Gutachter/Berater auf alle Fälle Geld kassiert, egal wie das Ergebnis des Audit-Prozesses ausfallen wird. Ein Berater kann der Gemeinde im Endeffekt auch keine Entscheidung abnehmen. Die Maßnahmen, die aufgrund des Audit-Prozesses als Ergebnis erzielt und anschließend auch umgesetzt werden sollen, sind im Grunde politische Entscheidungen. Ein externer Berater kann dabei nicht wirklich helfen, er wird im Prinzip für Arbeit gezahlt, die in Wirklichkeit die Gemeindevertretung leistet.

Der Bürgermeister stellt fest, dass ein externer Berater eventuell Ideen hat, auf die wir als Gemeinde gar nicht kommen, deren Umsetzung auch nicht zwingendermaßen teuer sein muss. Ein externer Berater hat sicher Wissen, das uns nützlich sein könnte. Er erzählt, dass von der Familie und Berufmanagement GmbH. angeboten wurde, dass ein Berater auf Wunsch gerne zu einer der Sitzungen der Gemeindevertretung kommt. Ihn stört an dem Audit-Prozess, dass alle Punkte so starr einzuhalten sind.

GR. Humer schlägt vor, bei der Veranstaltung im WIFI am 30. März Gemeinden, die schon im Audit-Prozess sind, nach eventuellen „Kostenfallen“ zu fragen. Zur Wortmeldung des GV. Canavals stellt er fest, dass er aus eigener Erfahrung weiß, dass es immer gut ist für Projekte, wenn man externe Projektleiter hat, das hat sich seiner Erfahrung nach bewährt.

Nach der Diskussion kommen die Mitglieder der Gemeindevertretung überein, dass heute kein Grundsatzbeschluss zur Teilnahme am Audit kinder- und familienfreundliche Gemeinde gefasst wird. Die Veranstaltung am 30. März soll noch abgewartet werden.

Nach diesem Punkt kommt GV. Köpfelsberger in die Sitzung, er hat sich im vorhinein schon entschuldigt, dass er erst auf 20:00 Uhr kommen kann.

#### Zu Punkt 5.)

Der Bürgermeister berichtet anhand einer Overheadfolie von der geplanten geringfügigen Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes (Herta Buttenhauser, Obertrum, Tochter von Stefan Pachler, Oberfeldstraße 14) im Bereich der GP. 2682/5 und 2681/1, je KG. Anthering, im Ausmaß von gesamt 720 m<sup>2</sup>. Es ist der Bau eines Einfamilienhauses geplant.

Laut Stellungnahme des Ortsplaners Landschaftsarchitekten ALLEE42 wird den Zielsetzungen des räumlichen Entwicklungskonzeptes entsprochen, es steht einer Umwidmung nichts im Wege.

Es wird daher der Antrag gestellt, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes laut Ansuchen zu beschließen.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR. Auer stellt die Frage nach der Breite der Oberfeldstraße, was vom Bürgermeister mit ca. 3,5 m beantwortet wird.

GV. Canaval will wissen, auf wie viel sich die Kosten für ein Gutachten des Ortsplaners belaufen, was vom Bürgermeister mit ca. € 1.300,- beantwortet wird (diese Kosten trägt der Einschreiter).

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

#### Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes laut Ansuchen der Ehegatten Herta und Roman Buttenhauser, Obertrum, im Bereich der GP. 2682/5 und 2681/1, je KG. Anthering, im Ausmaß von gesamt 720 m<sup>2</sup> (Baulücke), laut Entwurf des Ortsplaners Landschaftsarchitekten ALLEE42, vom 17.2.2007, GZ. 302 FWTA. 29/07-044, beschlossen.“

#### Zu Punkt 6.)

Der Bürgermeister berichtet kurz über den aktuellen Stand der Dinge des Projektes Betreutes Wohnen, damit alle Mitglieder der Gemeindevertretung am laufenden Stand sind. Ein aktueller Beschluss ist nicht zu fassen.

Er berichtet, dass diesen Montag der Beginn für die Verbreiterung der Landesstraße (der Bürgermeister zeigt dies anhand einer Overheadfolie) erfolgen sollen hätte, allerdings musste dies durch den überraschenden Wintereinbruch verschoben werden. Zur Erinnerung erörtert er die geplanten Straßenbaumaßnahmen inklusive Geh- und Radweg noch einmal. Wenn die Straßenbaumaßnahmen aufgenommen werden, wird es für ca. fünf bis sechs Wochen zu teilweisen Verkehrsbehinderungen in diesem Bereich kommen, im Bürgermeisterrundschreiben wird rechtzeitig darauf hingewiesen werden.

Weiters berichtet der Bürgermeister, dass sich auf der Bewerberliste für das Projekt 31 Personen/Paare befinden. Erst kürzlich wurden von der Heimat Österreich an diese Bewerber Formulare samt Einladung zur Spatenstichfeier ausgesandt, um genauere Daten zu erheben und um festzustellen, wie viele dieser Bewerber nun fix Interesse an einer Wohnung im Projekt Betreutes Wohnen haben. Ergebnis davon ist bisher: 12 Bewerber haben konkretes Interesse angemeldet, 10 haben sich noch gar nicht gemeldet, 5 Bewerber haben erst später konkreteres Interesse und 4 haben abgesagt.

Der Bürgermeister berichtet weiters, dass es bezüglich Finanzierbarkeit große Probleme gibt (Einhaltung der Obergrenze von der Wohnbauförderung her, wir sind um ca. € 180.000,- drüber), da die Baupreise momentan so hoch sind. Diese Probleme gibt es momentan in fast allen Gemeinden, die ein solches Vorhaben geplant haben. Das Land wurde nun aufgerufen, diese Sätze der Wohnbauförderung ebenfalls anzuheben. Bis ca. Juni des Jahres soll es neue Verordnungen geben. Ansonsten ist mit Verzögerungen zu rechnen. Der Bürgermeister berichtet, dass er und die Heimat Österreich täglich am telefonieren sind, um die Kosten in den Griff zu bekommen. Er ist der Meinung, dass das Projekt auf alle Fälle in einem durchgezogen werden soll.

Zum weiteren Vorgehen bezüglich Betreuungsvertrag für das Projekt Betreutes Wohnen berichtet der Bürgermeister, dass er zusammen mit dem Obmann des Sozialausschusses GV. Schmid bei einer Veranstaltung der Salzburg Wohnbau in Wals im „Walser Birnbaum“ (dortiges Objekt Betreutes Wohnen, auch eine Senioren-Tagesbetreuungsstätte ist dort dabei) war. Bei dieser Veranstaltung war auch eine Vertreterin des Salzburger Hilfswerkes, Frau Mag. Gutschi, anwesend. Mit ihr wurde dort ein Gespräch geführt, wie in Anthering weiter vorgegangen werden könnte. Der Bürgermeister ist der Meinung, dass, wenn das Gebäude in Angriff genommen wird, im Sozialausschuss der Gemeinde zusammen mit dem Sozialausschuss der Pfarre (Pfarre hat ihre Mitarbeit bereits angeboten) darüber diskutiert werden soll, wie man die Angelegenheit am besten in Angriff nimmt und zusammen mit dem Salzburger Hilfswerk organisiert und realisiert.

GV. Schmid stellt die Frage, wie der Straßename für die Zufahrtstraße zum Projekt lauten wird.

Der Bürgermeister antwortet, dass dies noch nicht klar ist. Bei der Veranstaltung der Salzburg Wohnbau wurde angeregt, für das Haus selbst keinen Eigennamen zu vergeben, sondern es als „normales“ Haus mit Hausnummer zu führen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Zu Punkt 7.)

Der Bürgermeister berichtet über die Jahreshauptversammlung der Prangerschützen Anthering vom 26. Jänner 2007 im Gasthaus Reinthal, bei der Georg Radauer jun. zum neuen Schützenhauptmann, Willi Grössinger zum Obmann-Stellvertreter, gewählt wurde. Der bisherige Schützenhauptmann Franz Jell war seit dem Jahr 1980 Obmann der Antheringer Prangerstutzenschützen, das heißt 27 Jahre, vorher 11 Jahre Obmann-Stellvertreter, und hat somit große Leistungen für das Brauchtum in Anthering erbracht.

Der Bürgermeister schlägt daher vor, Herrn Franz Jell die Antheringer Kulturauszeichnung, zu verleihen. In welchem Rahmen die feierliche Überreichung stattfinden soll, ist noch nicht klar, eventuell an Fronleichnam, der Bürgermeister wird dazu noch Rücksprache mit dem neuen Obmann Georg Radauer halten.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR. Auer stellt fest, dass er auch findet, dass sich Franz Jell die Kulturauszeichnung redlich verdient hat.

GR. Leybold stellt die Frage, wie die „Hierarchie“ der Gemeinde-Verleihungen aufgebaut ist, an welcher Stelle der Wertigkeit der Kulturpreis einzuordnen ist.

Der Bürgermeister antwortet, dass die „gewichtige“ Ehrung die Ehrenbürgerschaft ist, gefolgt vom Ehrenring, danach die goldene Ehrennadel. Er würde den Kulturpreis zwischen Ehrenring und goldener Ehrennadel einordnen.

Der Vizebürgermeister findet, dass der Kulturpreis etwas sehr Spezielles ist, den man bekommt, wenn man für die Volkskultur große Leistungen erbracht hat.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht, die Mitglieder der Gemeindevertretung sprechen sich für eine Verleihung aus.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird dem ehemaligen Schützenhauptmann der Antheringer Prangerstutzenschützen für seine vielfältigen Leistungen im Bereich des Brauchtums die Antheringer Kulturauszeichnung verliehen.“

Zu Punkt 8.)

Der Bürgermeister berichtet, dass seit der letzten Sitzung der Gemeindevertretung keine Ausschusssitzungen stattgefunden haben.

GR. Auer verkündet, dass die nächste Sitzung des Kulturausschusses am 29. März 2007 stattfinden wird (Besprechung Gstanzlsingen und Sängerfrühschoppen).

Zu Punkt 9.)

Der Bürgermeister berichtet, dass im Jänner 2007 die EU-weite Ausschreibung des im MFP für 2008/2009 vorgesehenen Rüstlöschfahrzeuges RLF-A 2000 erfolgte.

Drei Firmen (Lohr Magirus, Rosenbauer Österreich und Seiwald) haben sich die Anbotsunterlagen heruntergeladen, jedoch nur die Firma Rosenbauer und die Firma Seiwald haben ein Angebot abgegeben.

Die Anbotseröffnung fand am 2. März 2007 im Gemeindeamt statt, Bestbieter war dabei die Firma Rosenbauer mit einer Anbotssumme von brutto € 332.040,- (Firma Seiwald brutto € 335.048,40). Am 13. März 2007 erfolgte die Bemusterung der Fahrzeuge, auch dabei hat die Firma Rosenbauer die bessere Bewertung erhalten.

Es soll bei der heutigen Sitzung der Beschluss zur Vergabe der Lieferung des Rüstlöschfahrzeuges gefasst werden, damit die Bestellung sofort aufgegeben werden kann und die Lieferung rechtzeitig im Herbst 2008 erfolgen kann (lange Lieferzeit beim Fahrgestell).

Die Lieferung des Fahrzeuges soll im Herbst 2008 erfolgen, die Bezahlung erfolgt, wie auch in den Ausschreibungsunterlagen festgehalten, dann folgendermaßen: 1. Hälfte des Kaufpreises bei Lieferung 2008, 2. Hälfte Anfang 2009.

Es wird daher der Antrag gestellt, den Auftrag zur Lieferung des Rüstlöschfahrzeuges (Fahrzeugtyp MAN) an die Firma Rosenbauer Österreich zu vergeben.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt, es werden ein paar Detailfragen gestellt.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird der Auftrag zur Lieferung eines Rüstlöschfahrzeuges RLF-A 2000 an die Firma Rosenbauer Österreich, zu einem Gesamtpreis von brutto € 332.040,-, vergeben.“

Zu Punkt 10.)

Der Bürgermeister berichtet:

- dass die nächste Gemeindeversammlung im Kulturraum voraussichtlich am 3. Mai 2007, 19:30 Uhr, stattfinden soll.
- dass die nächste Gemeindevorstandssitzung am 27. März 2007 stattfinden wird, die Einladung sind bereits zugegangen. Eine Bauausschusssitzung wird auch in nächster Zeit stattfinden, einen Termin gibt es noch nicht.
- dass die jährliche Reinigungsaktion der Volksschule am 28. März 2007, Beginn 14:00 Uhr, Treffpunkt Volksschule, stattfinden soll, die Mitglieder des Umweltausschusses wissen darüber schon bescheid und werden nochmal herzlich zur Mitarbeit eingeladen. GR. Frauenlob schlägt dazu vor, dass diesmal von der Umweltberaterin Frau Mag. Schnell, die die Aktion koordiniert, ein Plan erstellt werden soll, aus dem ersichtlich ist, wo die Kinder sammeln sollen.
- dass der diesjährige Gemeindeausflug (Gemeindebedienstete und Gemeindevertreter mit Ehepartnern) am 13. und 14. Oktober 2007 stattfinden soll, voraussichtliches Ziel Südsteiermark. Der Bürgermeister stellt die Frage, ob ein Ausflug für einen, zwei oder drei Tage gewünscht wird, worauf eine Einigung auf zwei Tage erfolgt.

GV. Hofer und der Bürgermeister berichten bezüglich Glück-Deponie, dass die SAB Siggewiesen definitiv kein Angebot zum Kauf stellen wird.

Weiters berichtet GV. Hofer, dass er von einem Antheringer Landwirt angesprochen wurde, warum auch die Landwirte Hundesteuer zahlen müssen und was mit dem Geld passiert. Er berichtet, dass er dem Landwirt erklärt hat, dass die Hundekotsackerl und –behälter damit angekauft werden usw. Es wird gebeten, auch in den Riegeten Hundkotsackerlbehälter aufzustellen. Bezüglich Bankerl beim Kleindenkmal beim Maunzgraben bittet er nochmals, dass dort ein Bankerl aufgestellt wird.

Der Bürgermeister sagt eine Aufstellung für Würzenberg, Acharting, Wald und Trainting zu. Wegen dem Bankerl wird Frau Pletzer vom Tourismusverband nochmal gebeten.

GR. Humer fragt, ob es schon bekannt ist, dass der Verkehrsspiegel in der Riederstraße beschädigt ist, was von der Amtsleiterin bejaht wird. Der neue Spiegel ist schon bestellt.

Weiters stellt GR. Humer die Frage, ob die Gemeindevertretung zur Bauernehring am 24. März 2007 offiziell eingeladen ist, was der Bürgermeister verneint. Allerdings sind die

Gemeindevertreter natürlich trotzdem herzlich zur Teilnahme, wie die gesamte Bevölkerung, eingeladen.

GR. Humer regt an, dass bei Anlässen, zu denen die Gemeindevertretung offiziell eingeladen wird, bei den Einladungen auch dazuzuschreiben, dass die Gattinnen/Gatten eingeladen sind. Er stellt fest, dass er es nicht für notwendig hält, wenn für die Gemeindevertreter bei solchen Festen die Rechnung übernommen wird. Lieber wäre ihm, wenn er und seine Gattin nicht getrennt sitzen müssten.

Der Bürgermeister sagt zu, dass er dies in Zukunft bei den Einladungen beachten wird.

GV. Johann Dürnberger stellt die Frage, wann die Sperlbrücke nun endlich gebaut wird.

Der Bürgermeister antwortet, dass ihm von Herrn Jentsch versprochen wurde, dass nun bald angefangen wird.

GR. Leypold berichtet, dass er und seinen Lebensgefährtin Ursula am 5. Mai 2007 heiraten werden und teilt an die Mitglieder der Gemeindevertretung Hochzeitseinladungen aus. Er bittet aus Platzgründen um ein Kommen ohne Ehepartner.

Da die Tagesordnung erschöpft ist und keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt der Bürgermeister um 20:50 Uhr die Sitzung.

Der Schriftführer

Der Bürgermeister